



Bundestags- brief

Nr.50 • Die Woche im Bundestag • 23.01.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Hessen auf klarem Kurs

Wir gratulieren Ministerpräsident Roland Koch und der hessischen CDU zu dem guten Ergebnis der Landtagswahl am vergangenen Sonntag. Damit ist sichergestellt, dass Hessen auch in Zukunft von einer bürgerlichen Regierung auf dem Weg wirtschaftlicher Vernunft geführt wird. Seit dem Regierungswechsel vor zehn Jahren hat die CDU unter Führung von Roland Koch Hessen wieder auf Erfolgskurs gebracht. Dieser Kurs für mehr Wachstum und Arbeitsplätze kann nun fortgesetzt werden. Die SPD erhält ihr schlechtestes Ergebnis in Hessen seit Gründung der Bundesrepublik. Das ist die klare Antwort der Wählerinnen und Wähler auf den Bruch des zentralen Wahlversprechens der hessischen Sozialdemokraten und ihren verantwortungslosen Versuch, mit Hilfe der Linkspartei an die Macht zu kommen. Die Erklärungen der SPD auf Bundesebene, nicht mit der Linkspartei zusammenarbeiten zu wollen, sind unglaublich, weil die SPD gerade mit der Linkspartei eine Bundespräsidentin wählen will.

Wachstumskräfte stärken – Wirtschaftskrise bekämpfen:

Mit dem Pakt für Beschäftigung und Stabilität leisten wir einen substantiellen Beitrag zur Eindämmung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Mit einer Mischung aus staatlichen Investitionen und der Stärkung der privaten Kaufkraft beleben wir die Nachfrage und sichern damit Betriebe und Arbeitsplätze in Deutschland. Unser Ziel ist es, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Deshalb legen wir jetzt mit staatlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur den Grundstein für eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Zusätzlich helfen wir allen Unternehmen durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und durch Qualifikation und Weiterbildung, so dass Arbeitsplätze gesichert werden und die Firmen nach Überwindung der Krise mit gut qualifizierten Mitarbeitern wieder mit voller

Kraft an die Arbeit gehen können. Ein erweitertes Kreditprogramm der KfW stellt sicher, dass keine im Kern gesunden Unternehmen nur aufgrund einer Kreditklemme Konkurs anmelden müssen. Mit der Umweltprämie von 2.500 Euro für die Verschrottung eines mindestens neun Jahre alten Autos bei Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens unterstützen wir die deutsche Automobilindustrie und fördern umweltfreundliches Verhalten. Wichtig war uns auch, den privaten Konsum zu stärken und den Menschen in dieser schwierigen Situation mehr Netto vom Brutto zu lassen. Aus diesem Grund erhöhen wir zum 1. Juli den Grundfreibetrag um rund 350 Euro auf 8.004 Euro und senken den Eingangsteuersatz von 15 auf 14 Prozent ab. Zur Bekämpfung der kalten Progression werden wir die jeweiligen Steuersätze erst bei höheren Einkommen beginnen lassen. Familien werden zudem durch eine Einmalzahlung von 100 Euro pro Kind besonders unterstützt. Wir wissen: In der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik muss die Politik handeln, um Schlimmeres zu verhindern. Wir stellen uns dieser Herausforderung mit Entschlossenheit. Unser Investitionsprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro ist die richtige und wirkungsvolle Antwort auf die Krise. Wir wissen aber auch: Eine hohe Verschuldung lähmt die Handlungsmöglichkeiten des Staates und belastet die nachfolgenden Generationen. Dank der guten Haushaltspolitik der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten Jahren steht unser Land heute wesentlich besser da als unter Rot-Grün. Der Gesamthaushalt war im vergangenen Jahr so gut wie ausgeglichen. Unsere Situation ist deutlich besser als die der meisten anderen europäischen Länder. Dennoch verpflichten wir uns, die nun krisenbedingt notwendigen neuen Schulden so schnell wie möglich wieder zurückzuzahlen. Außerdem werden wir die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse ins Grundgesetz beschließen. Damit stellen wir sicher, dass der

Staat in guten Zeiten keine neuen Schulden macht. Wir können die Krise nur wirksam bekämpfen, wenn die Konsolidierung des Haushalts als klares Ziel erkennbar bleibt.

Energieversorgung langfristig sichern:

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat uns erneut die große Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherung der Lebensqualität in unserem Lande bewusst gemacht. Die Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen setzen, die sicherstellen, dass ausreichend Energie zu bezahlbaren Konditionen jederzeit möglichst umweltschonend verfügbar ist. Die großen Herausforderungen sind dabei die – ungeachtet wirtschaftlicher Schwankungen – weltweit mittel- und langfristig wieder wachsende Nachfrage, die begrenzten fossilen Reserven, drohende Folgen der von Klimagasen verursachten Klimaänderungen, politisch instabile Lage in vielen Regionen, in denen Energiebodenschätze lagern, oder die für die Weiterleitung von Energie-trägern eine Schlüsselrolle innehaben. Gerade im Hinblick auf die Sicherheit der Versorgung mit Energie haben uns der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und auch der Konflikt um Georgien die Verletzlichkeit Deutschlands und Europas deutlich vor Augen geführt. Eine sichere Energieversorgung bei möglichst geringer Importabhängigkeit zu bezahlbaren Preisen mit möglichst niedrigen CO₂-Emissionen ist mehr denn je keine Selbstverständlichkeit, sondern ein zentrales politisches Anliegen, das durch richtige politische Weichenstellungen gewährleistet werden muss. Insbesondere sehen wir uns durch die jüngste Entwicklung darin bestätigt, dass nur mit einem breiten Energiemix unter Einschluss der Kernenergie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung dauerhaft gewährleistet werden kann.

Erleichterung über Waffenstillstand im Nahen Osten:

Die militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen haben wir mit großer Sorge betrachtet. Wir begrüßen den nun geltenden Waffenstillstand. Klar ist für uns: Ohne die Aufkündigung des bisherigen Waffenstillstands durch die Hamas hätte es die Krise nicht gegeben. Israel hat das Recht, sich gegen ständige Angriffe auf sein Territorium zu verteidigen. Ziel muss ein dauerhafter Waffenstillstand sein, der die Sicherheit Israels garantiert. Voraussetzung dafür ist, dass der Waffen-

schmuggel nach Gaza unterbunden wird. Deswegen unterstützen wir die Bereitschaft der Bundeskanzlerin, technische Hilfe zur Erreichung dieses Ziels zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die UN-Resolution 1860 so schnell wie möglich umgesetzt wird. Eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Konflikts kommt Ägypten zu. Wichtig sind darüber hinaus aber auch die Bemühungen arabischer Staaten, die Spaltung der Palästinenser zu überwinden. Ziel bleibt auch weiterhin, eine Zweistaaten-Lösung mit sicheren Grenzen zu realisieren.

Mittelstand ist Jobmotor in Deutschland

Der Mittelstand hat während des letzten Wirtschaftsbooms viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Zwischen 2004 und 2007 stieg die Beschäftigung in mittelständischen Betrieben mit 50 bis 500 Mitarbeitern um mehr als 4 Prozent auf 10,2 Millionen. In den ungefähr zwei Millionen Kleinbetrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern stagnierte die Zahl der Beschäftigten bei etwa 11 Millionen. Damit leisten sie aber weiterhin den höchsten Beitrag zur Gesamtbeschäftigung. Dagegen haben Großunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern im oben genannten Zeitraum knapp ein Prozent ihrer Stellen abgebaut. Sie beschäftigen zurzeit noch 5,6 Millionen Menschen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zu guter Letzt:

Massive Unterstützung der sozial Schwachen durch Umverteilung von oben nach unten:

Entgegen landläufigen Behauptungen verteilt der deutsche Sozialstaat weiterhin massiv von oben nach unten um: Die 30 Prozent der Bundesbürger mit dem niedrigsten Einkommen erhalten monatlich im Schnitt 900 Euro mehr vom Staat als sie an Abgaben für das Gemeinwesen leisten. Getragen werden diese sozialstaatlichen Leistungen von den mittleren und höheren Einkommen. Ab dem fünften Einkommenszehntel (etwa 1.500 Euro Brutto einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen) zahlen die Bürger mehr in das öffentliche System ein, als sie herausbekommen. Die prozentuale Belastung steigt mit zunehmendem Einkommen überdurchschnittlich: Während bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.500 Euro der Saldo bereits bei rund 200 Euro liegt, steigt er bei einem Einkommen von 3.500 Euro auf über 1.351 Euro und bei einem Einkommen von 5.350 Euro auf knapp 2.270 Euro an. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)